



**FAMILIEN
IN DER
KRISE**

Homepage: www.familieninderkrise.com

Facebook: <https://www.facebook.com/familieninderKrise/>

Twitter: https://twitter.com/FidK_Bund

Instagram: https://www.instagram.com/familien_inderkrise/

Offener Brief - per E-Mail -

An die Oberbürgermeister*innen, Bildungs- bzw. Sozialdezernent*innen der kreisfreien und Sonderstatusstädte Hessens sowie die Präsidenten des Hessischen Städte- und Gemeindebundes, des Hessischen Städtetages und des Hessischen Landkreistages

12.01.2021

Kinder leisten ihren Beitrag - Prioritätenwechsel statt Bildungseinschränkungen

Sehr geehrte Damen und Herren Oberbürgermeister*innen, Dezernent*innen und Präsidenten,

mit Entsetzen nimmt die Initiative *Familien in der Krise (FidK)* die Beschlusslage der Ministerpräsidentenkonferenz mit Bundeskanzlerin Merkel vom 5. Januar 2021 u.a. zur weiteren Einschränkung des Betriebes von Kindertagesstätten zur Kenntnis. Dass das im Herbst gegenüber Familien gemachte Versprechen, Kitas sowie Schulen als letztes zu schließen und als erstes wieder zu öffnen, nun derart gebrochen wurde, ist für uns weder nachvollziehbar noch hinnehmbar.

Die nun getroffenen Eindämmungsmaßnahmen treffen die jüngsten Mitglieder der Gesellschaft hart und sind angesichts des nur marginalen Einflusses von Kindern im Kita- und Grundschulalter auf das Pandemiegeschehen als unverhältnismäßig zu bewerten. Wir fordern von Ihnen als Politiker*innen auf kommunaler Ebene, gegenüber dem Land Hessen und dem Bund unmissverständlich klar zu machen, dass der Betrieb von Kindertagesstätten und letztlich auch der Kindertagespflege keinen stärkeren Einschränkungen mehr unterworfen sein darf. Voraussetzung hierfür ist, den Fokus auf andere Bevölkerungsgruppen, auf den Risikogruppenschutz und auf Anpassungsmaßnahmen zu legen. Wir fordern Sie auf, sich hierfür vor allem über die kommunalen Spitzenverbände in Hessen und über diese Institutionen auch im Bund stark zu machen.

Prof. Dr. Reinhard Berner, Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin, sandte in der Expertenanhörung der MPK eine zentrale Kernbotschaft aus: „Für Kinder sind Schulen und Kitas *systemrelevant*, denn sie treffen im Kern ihre sozialen und intellektuellen Grundbedürfnisse und ihre Entwicklung; insofern bedürfen jedwede Einschränkungen, die Kindern *fremdnützig* auferlegt werden, einer wissenschaftlich konkret belegbaren Rechtfertigung.“¹ Ganz in diesem Sinne fordert Familien in der Krise nach wie vor, dass sich in einer Ausnahmesituation wie der Corona-Pandemie die Erwachsenenwelt schützend vor die Kinder stellen muss. Wenn es im Kontext der MPK häufig hieß, dass auch Kinder und Familien ihren Beitrag leisten müssten, sind wir alarmiert.

Denn seit Monaten ist der Kita-Alltag eingeschränkt. Entwicklungspädagogische Einrichtungs- und Förderkonzepte sowie altersgruppenübergreifende Kontakte lassen sich nur noch bedingt oder nicht mehr realisieren. Die für einige Kinder ‚sicheren Häfen‘ und Sensoren für die Wahrung des Kindeswohles sind eingeschränkt. Hygienemaßnahmen binden die ohnehin schon knapp bemessenen Personalressourcen. Die Bewegungsfreiheit der Kinder in den Einrichtungen und ihr gewohnter Alltag (Singen oder selbstständiges Bedienen bei Frühstück oder Mittagessen) sind stark begrenzt - aus Sicht Erwachsener vielleicht Kleinigkeiten, für Kinder jedoch bedeutsame Gelegenheiten für eine Entwicklung hin zur Selbstständigkeit. Hinzu kommt, dass die Kinder ohnehin durch die Kontaktbeschränkungen sowie die Schließung der Freizeitangebote und Sportvereine auch in ihrer Freizeit unverhältnismäßig stark eingeschränkt sind. Kurzum: Kinder *leisten* ihren Beitrag seit Monaten und auch noch bis auf absehbare Zeit.

¹ Siehe <https://www.dgkj.de/aktuelles/news/detail/post/expertengespraech-bundeskanzleramt>, abgerufen am 09.01.2021

Der hessische Weg, kein Betretungsverbot für KiTas auszusprechen, sondern an Eltern zu appellieren, Kinder nach eigener Abwägung und nur falls nicht anders möglich in die frühkindlichen Bildungseinrichtungen zu bringen, ist lediglich bei oberflächlicher Betrachtung wenig einschneidend. In einer nicht repräsentativen Umfrage unter hessischen FidK-Followern (N=93) gaben rund 38% der befragten Eltern an, in ihrer KiTa werde aktuell von „Notbetreuung“ gesprochen; 11% der Eltern wurden Arbeitgebernachweise oder anderweitige Begründungen abverlangt.

Wir fordern, dass Eindämmungsmaßnahmen stärker an solchen Orten etabliert werden, wo sich infektionstreibende Gruppen befinden und verkehren, sowie eine dringliche Verbesserung der Schutzstrategie für die vulnerablen Bevölkerungsgruppen. So müssen beispielsweise Schutzmaßnahmen an Arbeitsplätzen rechtlich verbindlich eingeführt und überprüft werden². Dringend müssen Personen mit hohem Risiko schwerer Krankheitsverläufe insbesondere an Risikooten wie Seniorenheimen gestärkt werden. So kann beispielsweise der Einsatz von Antigen-Schnelltests mit der Einführung von lokalen Ehrenamtsstrukturen oder Hilfskräften³ zur Testung des gesamten Personals, insbesondere Pflege- und Reinigungskräften sowie Hausmeister*innen, sowie Besucher*innen realisiert werden. Gesundheitsschutz und soziale Teilhabe sind vereinbar. Die Chancen, die politisch gesetzten und zweifellos richtigen Ziele einer Absenkung der Infektionskurve, der Schonung der Kapazitäten des Gesundheitssystems und einer Senkung der aktuell hohen Sterbefallzahl zu erreichen liegen hier, nicht in Kindertagesstätten.

Doch weiterhin sind sogar niedrigschwellige, rechtlich verbindliche und sanktionierte Eindämmungsmaßnahmen wie Plexiglastrennung oder Maskenpflicht an Büroarbeitsplätzen nicht in Sicht. Angesichts der eklatant angestiegenen Todesfälle unter der Altersgruppe von 60-99 Jahren – letztlich auch der Großeltern-Generation unserer Kinder – ist es unverständlich, dass nicht an den richtigen Stellschrauben gedreht wird, um Schutzmaßnahmen wirksam zu gestalten.

Sie sind Politiker*in auf kommunaler Ebene, auf der wichtige und zentrale Dienste der Daseinsvorsorge verortet sind. Wir appellieren an Sie, sich für Kinder und Familien sowie für diejenigen stark zu machen, die durch SARS-CoV 2 besonders gefährdet sind. Aus unserer Sicht als Familieninitiative gehen diese beiden Forderungen Hand in Hand. Denn die Familie als kleinste soziale Einheit verbindet die jüngste und die älteste Generation.

Für die Initiative *Familien in der Krise* verbleiben mit freundlichen Grüßen.

Über „Familien in der Krise“

„Familien in der Krise“ ist eine bundesweit aktive Initiative, die sich im Zuge der Corona-Krise gegründet hat. Unser Ziel ist es, auf die Bedürfnisse von Familien, Kindern und Jugendlichen während der Corona-Krise und darüber hinaus aufmerksam zu machen und sie ins Zentrum politischer Entscheidungen zu rücken. Wir haben bereits zahlreiche Gespräche mit führenden Politiker*innen aus Bundes- und Landespolitik geführt sowie ein umfassendes Medienecho auf unsere Aktionen erzeugt.

² Laut einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung lag die Home-Office Quote im April 2020 bei 27%, ging im November 2020 mit 14% jedoch wieder stark in Richtung der Quote vor dem Ausbruch der Pandemie zurück (4%) <https://www.boeckler.de/de/auf-einen-blick-17945-Auf-einen-Blick-Studien-zu-Homeoffice-und-mobiler-Arbeit-28040.htm>, abgerufen am 08.01.2021

³ Positivbeispiele: <https://krisenpersonalpool.berlin.de/> oder die Schutzstrategie der Stadt Tübingen, <https://www.dw.com/de/wie-t%C3%BCbingen-seine-alten-vor-corona-sch%C3%BCtzt/a-55941233>, beide abgerufen am 08.01.2021